

Leitantrag

Aufbruch Thüringen: Gute Arbeit, bessere Zukunft

Thüringen braucht einen neuen Aufbruch. Die offene Welt, in der wir leben, stellt uns vor eine enorme Herausforderung: „Der internationale Wettbewerb der Regionen wird größer. Staatsgrenzen sind gefallen. Das sorgt für ein Klima des Friedens und Miteinanders in Europa. Es sorgt aber auch dafür, dass sich früher viel zu weit entfernte Regionen heute direkt miteinander messen. Das Zeitalter der Informationstechnologien beschleunigt diesen Prozess.“ So beschreibt unser in Schmalkalden gefasster Beschluss „Aufbruch Thüringen“ die Gefahren, auf die wir reagieren müssen.

Die CDU-Landesregierung ist nicht in der Lage, unser Land fit für die Zukunft zu machen. Ministerpräsident Dieter Althaus setzt blindlings auf Billiglohn als angeblichen Thüringer Standortvorteil. Diese Strategie ist falsch. Der ausbleibende Erfolg ist inzwischen offensichtlich. Thüringen ist seit Jahren Schlusslicht bei den Löhnen. Der versprochene Wachstumseffekt bleibt aber aus. Das Thüringer Wirtschaftswachstum gerät stattdessen ins Stocken. 2007 hatte Thüringen die niedrigsten Wachstumszahlen aller neuen Länder.

Wir wollen eine andere Politik. Wir wollen einen Aufschwung, der bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land ankommt. Wir setzen auf faire Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind die Leistungsträger in unserem Land. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich darauf verlassen, dass die Thüringer SPD ihre Interessen vertritt. Wo es notwendig ist, streiten wir für Veränderung. Die Sicherheit, die Menschen brauchen, verlieren wir dabei nicht aus dem Blick.

Gute Arbeit verdient guten Lohn. In Thüringen bezahlen ganze Branchen – vor allem im Dienstleistungsbereich – Armutslohne. Insgesamt arbeiten rund 20 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland für weniger als 7,50 Euro in der Stunde. Sie verdienen damit weniger, als der DGB Mindestlohn fordert. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir weiterhin für einen gesetzlichen Mindestlohn. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Dabei können wir auch auf gute Erfahrungen in anderen Ländern zurückgreifen. 20 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben Mindestlöhne. Zuletzt hat Großbritannien einen gesetzlichen Mindestlohn in der von uns geforderten Höhe eingeführt – ohne dass dabei Jobs vernichtet wurden.

Wir setzen uns für sichere Arbeitnehmerrechte ein. Immer mehr rückt dabei die europäische Politik in den Brennpunkt. Arbeitnehmerrechte müssen europaweit verankert sein. Die weitere Integration in die Europäische Union darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmerrechte gehen. Das aktuelle Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Verbot von nationalen Tariftreue-Regeln zeigt die Notwendigkeit, Europa ein sozialeres Gesicht zu geben. Für uns ist die Europäische Union mehr als ein geregelter Handelsraum für Güter und Dienstleistungen. Deshalb wollen wir ein soziales Europa mit sicheren Arbeitnehmerrechten. Im Europawahlkampf 2009 werden wir dafür bei den Thüringerinnen und Thüringern werben.

Die Gewerkschaften sind und bleiben für uns ein wichtiger Partner. Wir arbeiten eng mit ihnen zusammen. Auf Landesebene haben wir dazu einen Gewerkschaftsrat eingerichtet. Ziel dieser Zusammenarbeit ist vor allem die Sicherung von Arbeitnehmerrechten. Als gemeinsames Projekt wollen wir das Thüringer Personalvertretungsgesetz so reformieren, dass spürbar mehr Mitbestimmung der Beschäftigten möglich wird. Faire Arbeitsbedingungen – wir treten von Anfang an dafür ein. Deshalb wollen wir dem Missbrauch von Praktika bei Berufseinsteigern einen Riegel vorschieben.

Gute Arbeit heißt auch, reguläre Beschäftigung zu stärken. Kritisch beobachten wir die Entwicklung im Bereich der Leiharbeit. Sie soll – als ein Instrument zur Bewältigung von

Auftragsspitzen in Unternehmen – eine Brücke in die reguläre Beschäftigung sein. Immer stärker wird sie jedoch für Lohndumping missbraucht. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. Leiharbeit braucht klare Regeln. Solange ein gesetzlicher Mindestlohn von der CDU im Bundestag und Bundesrat blockiert wird, brauchen wir eine Branchenlösung über das Entsendegesetz. So kann der DGB-Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden und einen Mindestlohn die Beschäftigten absichern. Leiharbeit darf kein Dauerzustand sein – nach einer angemessenen Einarbeitungszeit müssen deshalb die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschäftigung. Das hilft auch den Unternehmen, sich nicht gegenseitig über Lohndruck bis unter die eigene Substanz zu unterbieten. Die Konkurrenzschraube wird sonst auf Kosten der Arbeitnehmer überdreht.

Gute Berufsausbildung bleibt auch in Zukunft unser Ziel. Eine qualifizierte Berufsausbildung war und bleibt der entscheidende Schlüssel für einen existenzsichernden Job. Ausreichend und gut qualifizierte Fachkräfte wiederum sind die Grundlage zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Thüringen. Der Thüringer Ausbildungspakt ist dem bisher nicht gerecht geworden. Wir entwickeln ihn weiter. Jeder Jugendliche erhält einen Ausbildungsplatz. Wir setzen uns für die Einführung einer Ausbildungsumlage in Thüringen ein. Die duale Ausbildung wollen wir stärken. Dazu gehört ein Konzept zur Sicherung der Berufsschulstandorte in Thüringen. Die CDU-Landesregierung weigert sich, diese Aufgabe zu koordinieren. Wir werden wieder aktive Politik für das Land machen und wollen betriebsnahe Berufsschulen erhalten.

Thüringen braucht Fachkräfte. Tag für Tag verlieren wir jedoch weiterhin meist junge, gut ausgebildete Menschen, die andernorts sichere Jobperspektiven und guten Lohn suchen. Wir werden der Abwanderung nur begegnen können, wenn die Löhne wachsen und reguläre Beschäftigung gestärkt wird. Der CDU-Landesregierung fehlen noch immer überzeugende Antworten, wie dem drohenden Fachkräftemangel mit konkreten Instrumenten entgegengesteuert werden kann. Wir wollen als ersten Schritt einen Fachkräftemonitor, der die Entwicklung analysiert und drohende Lücken aufzeigt. So können wir rechtzeitig Nachwuchs suchen. Gleichzeitig setzen wir darauf, die aktuelle Generation der Beschäftigten in den Unternehmen zu stärken. Wir wollen die Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu einem Thüringer Bildungspakt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen – von der beruflichen Orientierung über die Berufsausbildung bis hin zur lebenslangen Qualifizierung – jedem Ausbildungs- und Qualifizierungswilligen realistische Chancen gegeben und so der Fachkräftenachwuchs gesichert werden. Wir untermauern unser Bemühen mit einem Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz. Mit intensiver Weiterbildung und Qualifizierung erhöhen wir auch die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer.

Familienfreundlichkeit ist für uns wesentliches Kennzeichen einer modernen Arbeitswelt. Die CDU-Politik verschlechtert nicht nur die Chancen unserer Kinder, sondern erschwert auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen deshalb in der Familienpolitik einen Neubeginn: Weg vom Landeserziehungsgeld und Millionenkürzungen bei den Kindergärten – hin zu einem rechtlich garantierten Betreuungsangebot, ausreichenden Öffnungszeiten der Kindergärten und hoher Qualität. Damit auch in den Unternehmen selbst die Familienfreundlichkeit wachsen kann, unterstützen wir Familienbündnisse.

Wir wollen alle Chancen auf Arbeit und Beschäftigung ergreifen – dazu gehört auch, langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven zu geben. Die CDU-Landesregierung ist nicht bereit dazu. Unsere Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützen zum Beispiel das Programm Kommunal-Kombi der Bundesregierung mit eigenen Landes-

mitteln. Die Thüringer Landesregierung verhindert das und lässt damit Millionen verfallen, mit denen dauerhafte Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich gefördert werden könnten. Das ist ein Fehler. Wir wollen solche Projekte öffentlicher Beschäftigung stärken.

Thüringen braucht gute Arbeit, sichere Jobs und ausreichenden Lohn. Nur so schaffen wir eine bessere Zukunft für unser Land. Wir arbeiten daran. Wir wollen den Wechsel. Wir wollen einen neuen Aufbruch für Thüringen.

Beschluss:

Annahme
